

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift
Tageblatt Riesa.
Jahres Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskommissariate beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Tagesblattamt
Dresden 1830.
Postfach:
Riesa Nr. 52.

N. 85.

Dienstag, 12. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2 Mark 2.14 einschließlich Postgebühre (ohne Zustellungspflicht). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverkürzungen, Verhinderungen der Fertigung und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisreduktion vor. Anzeigen für die Nummern des Ausgabefeldes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Schließen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Gründchensäule (6 Säulen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Neßlamsäule 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostspieligerer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erstattungsort: Riesa. Richtige Unterhaltungsbetriebe „Druckerei an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebs — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Notizensatz und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftssitz: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Dank an die Wahlorgane.

■ Berlin. Die Wahl des Reichspräsidenten hat 44 Millionen deutsche Männer und Frauen zweimal zur Ausübung ihres höchsten Staatsbürgerschaftlichen Rechtes aufgerufen. Vorbereitung und Durchführung der Wahl wie Erstellung des Wahlergebnisses haben an Organisationsschick und Arbeitskraft der Behörden in Stadt und Land sowie die Arbeitsfähigkeit der Wahlvorstände höchste Ausforderungen gestellt. Dem Schutz der Wahlfreiheit hat die Polizei in bewährter Pflichttreue geholfen.

Ich spreche allen beteiligten Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und den zahlreichen in den Wahlvorständen ehrenamtlich tätig gewesenen Männern und Frauen Dank und Anerkennung aus.

Berlin, den 11. April 1932.

**Der Reichsminister des Innern,
mit Mahnung an die Geschäftsleute beauftragt
Groener, Reichswehrminister.**

Glückwünsche und Treugelöbnisse zur Wiederwahl des Reichspräsidenten.

Berlin. (Punktspruch.) Dem Herrn Reichspräsidenten und aus Anlass seiner Wiederwahl Glückwünsche von einer großen Anzahl von Staatsoberhäuptern, von den Staats- und Ministerpräsidenten deutscher Länder, von Provinzen und Städten, von Spartenorganisationen und Verbänden, so wie viele Tausende privater Kundgebungen angegangen; besonders zahlreich sind die Glückwünsche und Treugelöbnisse, die dem Herrn Reichspräsidenten aus Kreisen der Auslandsdeutschen ausgegangen sind.

Zum Programm der internationalen Arbeitskonferenz.

Internationales Sozialrecht?

Der Zusammentreffen der XVI. Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zwingt zu einer kurzen Betrachtung des Programms der diesjährigen Arbeitskonferenz, denn wenn auch die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes im allgemeinen ohne sonderlich starke Zuspruchnahme der Deutschenleitung fortgeführt werden und wenn selbst ihre Fortschritte oft Jahre hindurch nur fast mikroskopisch geringfügig sind, so läuft sich die Möglichkeit doch nicht von der Hand weisen, dass aus diesen Arbeiten langsam etwas wie ein internationales Sozialrecht entstehen kann, das vielleicht einmal dem internationalen Völkerrecht auf Seite zu stellen sein wird. Auch diesmal gilt das Programm der Arbeitskonferenz der Weiterberatung recht ersten Rang von Sozialplänen, die nach Möglichkeit bald internationales bindendes Recht werden sollen.

An erster Stelle steht eine Anregung der deutschen Regierung auf Aufhebung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstellen. Begeisterterweise hat Deutschland, das die gewerkschaftliche Sozialvermittlung auf allen Gebieten des Arbeitsmarktes verboten hat, ein erhebliches Interesse an einer eindeutlichen internationalen Regelung dieser Frage, weil immerhin die Möglichkeit besteht, dass von den in Deutschland aufgehobenen Arbeitsvermittlungsstellen jenseit der Reichsgrenzen weiter gearbeitet wird. Die Frage wurde schon auf der Washingtoner Tagung der Arbeitskonferenz behandelt, wo damals in einem Übereinkommen der Grundzüge der Errichtung unentbehrlicher Arbeitsnachschub festgelegt, die Aufhebung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlungen den beteiligten Regierungen aber nur „empfohlen“ wurde.

Erstmalig steht auf der Tagesordnung der Arbeitskonferenz die Frage der Invaliden-, Alters- u. Hinterbliebenen-Versicherung. Hier vor allen Dingen herrscht das Verstreben, nach den Beschlüssen der Konferenz vom Jahre 1928 über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und den Abkommenentwurfen über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Handel und Gewerbe, der Haushalte, Gehilfen, sowie der landwirtschaftlichen Arbeiter nun auch die genannten Versicherungsbarten international zu regeln und damit den Kreis der international einheitlich geregelten Sozialversicherungen zu schließen. Es wird nicht einfach sein, dieses Ziel zu erreichen, denn allein bei der ersten allgemeinen Debatte über die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliden-Versicherung sind nicht weniger als 50 verschiedene Gesetze der einzelnen beteiligten Staaten zu berücksichtigen. Danach wird auf Grund der Debatte ein Entwurf ausgearbeitet, der den Regierungen zugehen wird und aus dessen Ergebnissen wiederum ein Konventionsentwurf entstehen soll, der, wenn er bis dahin noch aufzutande gekommen ist, der nächstjährigen Arbeitskonferenz unterbreitet werden soll.

Weiter steht auf dem Programm der Arbeitskonferenz die Frage der internationalen Regelung des Alters für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen. Hier sind nach der ersten Rangung bereits von 11 Staaten Antworten eingegangen, von denen die meisten, darunter Deutschland, Österreich, England, Holland, Spanien, Frankreich, Italien und die Schweiz, die Notwendigkeit einer internationalen Regelung behaupten. Es hat eine derartige Regelung den Regierungen auch nicht nur empfohlen, sondern im Form eines Übereinkommens inter-

Biedereröffnung der Genfer Abrüstungskonferenz.

(Genf.) Nach dreiwöchiger Pause hat die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Vorsitzender Adolphe Adenauer, der am Sonnabend in Genf eintraf, hatte Unterredungen mit Henderson und Sir Eric Drummond. Gestern nachmittag stellte der Vertreter der Vereinigten Staaten, Vorsitzender Gibson, den deutschen Delegierten einen Besuch ab. Heute nachmittag wird der Hauptausschuss der Konferenz wieder zusammengetreten. Als erster Redner wird Gibson sprechen. Wie man hört, bekräftigt er, in den Vordergrund seiner Ansprüche die Fortsetzung nach Abschaffung der Offensivwaffen zu stellen. Diese Fortsetzung spielt bekanntlich auch in den deutschen und italienischen Vorschlägen eine große Rolle. Weiter wird der deutsche Vorsitzende Adolphe Adenauer sprechen. Da es sich jetzt besonders um die Frage handelt, ob die Rüstungen zu begrenzen oder herabzulegen sind, wird der deutsche Vertreter diese Gelegenheit benutzen, um mit aller Deutlichkeit darauf hinzuwirken, dass die Abrüstungskonferenz die Aufgabe hat, eine wirkliche Herabsetzung der Rüstungen vorzunehmen.

Die kommende Woche wird mit den Verhandlungen des Hauptausschusses gleichmäßig ausgeschüttet sein.

Der neue amerikanische Abrüstungsvorschlag.

Amerika für den Sicherheitsgedanken.

Genf. Die Abrüstungskonferenz begann ihre Arbeiten Montag nachmittag im Hauptausschuss mit einer Eröffnungsrede des Präsidenten Henderson. An der Signatur nahmen u. a. der englische Außenminister Simon und der französische Ministerpräsident Tardieu und Vorsitzender Adolphe Adenauer zahlreiche andere Außenminister teil. Henderson schlägt vor, jetzt unverzüglich in die Verhandlung über sämtliche in Artikel 1 des Abkommenentwurfs zusammenhängende Fragen einzutreten und die Verhandlungen ununterbrochen bis zur Klärung der Hauptfragen durchzuführen.

Der amerikanische Vorsitzende Gibson legte jedoch der Abrüstungskonferenz in einer umfangreichen Rede einen neuen Abrüstungsvorschlag seiner Regierung vor. Die amerikanische Regierung schlägt im einzelnen vor, dass der Hauptausschuss unverzüglich beschließen solle:

1. Die Panzerabwehrwaffen, schwere Artillerie, Tanks und chemische Waffen als solche abzuschaffen.

2. Der Raubabsturzanschluss wird beantragt, einen Plan über die Klassifizierung der Geschütze mit Kalibern über 155 Millimeter und der Tanks sowie der Gaswaffen anzufeuern.

3. Die Staaten verpflichten sich, diese Angriffswaffen im Kriegsfalle nicht zu benutzen.

4. Der politische Anschluss wird beantragt, die endgültige Entscheidung auszuarbeiten und dem Hauptausschuss binnen einer Woche zur Durchberatung vorzulegen.

Gibson untersucht in seiner großen Rede, dass das Problem der Sicherheit im Mittelpunkt der Abrüstungsverhandlung stände. Obwohl das amerikanische Volk höchst wenig Sympathie für den Sicherheitsgedanken gehabt habe, sei jedoch die amerikanische Regierung an der Überzeugung gekommen, dass eine Lösung des Abrüstungsproblems nur auf dem Wege der Sicherheit der Sicherheitsfrage zu erreichen sei. Der Weltkrieg habe gezeigt, dass alle Verteidigungsmassnahmen gegenüber den schweren Angriffswaffen mehrlös seien. Durch die Abwendung der Angriffswaffe würden die Verteidigungsmassnahmen wieder ihre wahre Bedeutung gewinnen und damit in den Völkern ein Gefühl der Sicherheit geschaffen werden. Gibson betonte ferner, dass die Abwendung der Angriffswaffen eine wesentliche Verminderung der Herrenhaushalte ermöglichen würde. Zum Schluss verlangte Gibson mit grohem Nachdruck, dass als erster entscheidender Schritt für die allgemeine Abrüstung die schweren Angriffswaffen beschließe, da hierin der Schlüssel zur Lösung des gesamten Abrüstungsproblems liegt.

Aussprache über den amerikanischen Abrüstungsvorschlag

Genf. Der Vorschlag der amerikanischen Regierung auf sofortige vollständige Abwendung der schweren Angriffswaffen führt zu einer ausgedehnten grundsätzlichen Aussprache. Der englische Außenminister Simon erklärte vollständige Vereinbarung der englischen Regierung mit den Vorschlägen der amerikanischen Regierung. Die Abrüstungskonferenz steht damit vor einem endgültigen und praktischen Vorschlag. Die englische Regierung hofft den Vorschlag zu unterstützen. Tardieu hofft ebenfalls, dass sämtliche Regierungen endgültig die schweren Landangriffswaffen aufgeben. Die Folge einer Annahme des amerikanischen Vorschlags wäre ein entscheidender Schritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung.

Der Schweizer Bundespräsident Motta bezeichnete den

amerikanischen Vorschlag als den ersten entscheidenden Schritt zu praktischen Entscheidungen. Der amerikanische Vorschlag bietet einen Weg zur Lösung des Sicherheitsproblems durch Beendigung der Angriffswaffen, sollte jedoch in keiner Weise weitergehende Abrüstungsvereinbarungen, insbesondere Abwendung der Bombenflugzeuge, aus.

Der deutsche Standpunkt.

Genf. Vorsitzender Adolphe Adenauer gab in der Eröffnung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz eine grundlegende Erklärung ab, in der er den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Aufgaben der Abrüstungskonferenz und zu den eingerichteten neuen Vorschlägen der amerikanischen Regierung darlegte. Die deutsche Regierung lege in den Verhandlungen entscheidenden Wert auf die Feststellung, dass ein bestreitendes Ergebnis der Abrüstungskonferenz niemals in einer Abgrenzung, sondern nur in einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen erblieben werden könnte. Nach deutscher Auffassung sei die Aufgabe der Abrüstungskonferenz in diesem Sinne eindeutig im Artikel 8 des Völkerbundabkommens festgelegt. Aus den bisherigen Dokumenten der Abrüstungskonferenz geht dieses Ziel keineswegs eindeutig hervor. Die deutsche Abordnung halte es für ihre Pflicht, jetzt bereit die Aufmerksamkeit des Hauptausschusses darauf zu lenken, dass der Artikel 1 des Abkommenes ebenfalls eindeutig den Sinn des Artikels des Völkerbundabkommens auf wesentliche Verschärfungen der Rüstungen entsprechen müsse.

Die Abordnung sei bereit, die Abrüstungsvorschläge der amerikanischen Regierung gemeinsam mit anderen in der gleichen Richtung liegenden Vorschlägen wie den der italienischen Regierung zu prüfen.

Vorsitzender Adolphe Adenauer stellte sodann mit Nachdruck fest, dass die These der amerikanischen Regierung Sicherheit durch Abwendung der Angriffswaffen an sich, in voller Vereinstimmung mit dem deutschen Standpunkt stünde. Die deutsche Abordnung schließe sich weitgehend dem amerikanischen Vorschlag unter der Voraussetzung an, dass dieser nun einen ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung bedeute und den ersten Teil der der Konferenz neuelligen Aufgaben darstelle. Wenn der amerikanische Vorschlag das einzige Ergebnis der Abrüstungskonferenz darstellen würde, so würde die Welt mit Recht mit einer därtigen Lösung nicht zufrieden sein. Die deutsche Regierung würde sich nicht mit einer Lösung des Abrüstungsproblems zufrieden geben, die sich lediglich auf die Abwendung der Angriffswaffen bezieht. In diesem Sinne begriffe die deutsche Abordnung die amerikanischen Vorschläge und sei bereit, an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten.

Die Abrüstungsvorschläge Litwinows.

Genf. (Punktspruch.) Vollsommittar Litwinow begündete heute vormittag im Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz in einladender Rede den Vorschlag seiner Delegation für eine log. progrässive und proportionale Abwendung, deren Wesen darin besteht, dass der Prozentzal der quantitativen Rüstungsbegrenzung um so höher sein soll, je grösser die Rüstungen des Staates sind. Entsprechend den seinerzeit eingerichteten russischen Vorschlägen sollen Armen von mehr als 200 000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armen unter 30 000 Mann feinerer Verminderungen unterliegen und die Herauslegung der dazwischen liegenden Heeresstärken sich zwischen Null und 50 Prozent bewegen soll. Der gleiche Grundzustand, wenn auch mit anderen Zahlen, müsse auf die See- und Luftstreitkräfte angewandt werden. Zu dem gezielten amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, solche Vorschläge für die Abwendung einer bestimmten Art von Rüstungen seien nicht dazu angezeigt, die Probleme zu vereinfachen.

Tardieu lehnt die amerikanischen Vorschläge ab.

Nach Litwinow hielt Tardieu eine längere Rede, um die französischen Vorschläge in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen und gleichzeitig die amerikanischen Vorschläge als unüberlegt und unzureichbar abzutun. Durch eine Häufung technischer Argumente und Bedenken suchte Tardieu den Nachweis zu führen, dass es überhaupt nicht möglich sei, den Begriff der Offensivwaffen allgemein gültig festzulegen. Die Veränderung der Größe bestimmter Waffen, oder der für sie aufgewendeten Kosten sei gleichfalls unwirklich. Nach dem Taschen-Panzerabfall, für das Deutschland ein Beispiel gegeben habe, würden finanzielle Ingenieure sicher Taschen-Magazin zu errichten. Tanks könnten leicht durch landwirtschaftliche Traktoren, die jeder Staat besitzt, ersetzt werden. Die amerikanischen Vorschläge griffen die Befreiungen der Deutschen Konferenz wieder auf, aber über der Humanisierung des Krieges dürfe man die Organisierung des Friedens nicht vergessen.

Zander des Freien Österreichs. Es wäre also, sofern man sich der Mitarbeit am sozialen Fortschritt der Welt nicht grundsätzlich verpflichtet will, nicht zu verantworten, sich an den Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes zur Schaffung eines internationalen Sozialrechtes ungestört der Langeweile und Müdigkeit der Arbeit nicht zu beteiligen.